

Selbstbestimmungs-
Initiative
Bogen beigelegt
Unterschreiben Sie jetzt!

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Jetzt unterschreiben!

JA zur Selbstbestimmungs-Initiative



«Denn hier  bestimmen wir!»

Unsere Freiheit ist ein kostbares Gut. Die Schweiz ist aus dem unbändigen Drang unserer Vorfahren nach Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung entstanden. Diese Werte bilden auch die Grundlage für die Erfolgsgeschichte unseres Landes. Die Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)“ leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung unserer Selbstbestimmung.

Durchsetzungsinitiative 7

Den Stimmbürgern bleibt nur noch die Durchsetzungsinitiative.

Durchsetzungs-Initiative
zur Ausschaffung
krimineller Ausländer

Volkswillen durchsetzen!



Selbstbestimmung 8-9

Nur so können wir die direkte Demokratie erhalten!

Fremdbestimmt!



NEIN
danke!

Keine neuen Steuern 13

NEIN zur neuen Billag-Mediensteuer!



Änderung des Bundesgesetzes
über Radio und Fernsehen
Neue Billag-Mediensteuer **NEIN**

www.neinradio.ch

Die SVP in den Schweizer Medien im März und April

Das Wort des Parteipräsidenten

Aufwachen!



Am 18. Oktober 2015 sind National- und Ständeratswahlen. Es ist zu befürchten, dass die SVP diese Wahlen verlieren wird. Nicht weil unsere Positionen falsch wären. Auch nicht, weil die anderen Parteien so stark wären. Und erst recht nicht, weil die SVP in der Bevölkerung nicht getragen würde.



Wir werden die Wahlen im Herbst verlieren, weil wir uns selber schlagen werden. Die Kampfeslust und das beherzte Engagement bei vielen Mandatsträgern und Mitgliedern sind erlahmt. Der Ernst der Lage wird von vielen in der Partei nicht erkannt. Zu viele Leute stellen sich gerne ins Schaufenster, arbeiten aber sollen bitte die anderen. Es fehlt die Erkenntnis, dass viel mehr möglich wäre, wenn nur endlich jeder Einzelne von uns die Ärmel hochkrempeln und die eigenen vier Wände mehr verlassen würde. Raus zu den Leuten.

Liebe Mitstreiter, es ist Zeit aus dem Winterschlaf zu erwachen!



Zuviel steht auf dem Spiel. Schaffen wir diesen Herbst die Wende im Parlament nicht, so wird die Schweiz nachhaltig kaputt gemacht. Eine schicksalhafte Legislatur steht uns bevor. So erwarten uns Beratungen und Abstimmungen über einen schleichenden EU-Beitritt, eine Unternehmenssteuerreform, die Reform der Altersvorsorge, eine Asylgesetzrevision, die sogenannte Energiewende und viele offene Fragen rund um den Finanzplatz Schweiz und das Bankkündengeheimnis.

Kaum einer bekennt sich heute noch zum EU-Beitritt, aber Bundesbern verhandelt mit Brüssel über Automatismen zur Übernahme von europäischem Recht. Die Asylpolitik von Bundesrätin Sommaruga läuft aus dem Ruder, ist konzept- und verantwortungslos. Sie wird die künftigen Generationen vor schier unlösbare Aufgaben stellen. Derweil ist Bundesrätin Widmer-Schlumpf drauf und dran, das Schweizer Bankkündengeheimnis zu opfern.

Eine Rückbesinnung auf die Staatssäulen der Schweiz tut not. Es ist die Zeit für das Bewährte. Es ist die Zeit der SVP.

Nationalrat Toni Brunner, Präsident der SVP Schweiz

Weiterer Wahlerfolg

Die SVP konnte bei den Luzerner Kantonsratswahlen fast zwei Prozent zulegen und zwei Sitze dazugewinnen. Bei den Regierungsratswahlen erreichte der SVP-Kandidat Paul Winiker auf Anhieb mit einem sehr guten Ergebnis den fünften Platz.

Die SVP konnte im Kanton Luzern ihre Erfolgsserie bei kantonalen Parlamentswahlen fortsetzen. Ende März steigerte sie dort ihren Wähleranteil um 1,8 Prozent auf 24,1 Prozent. Die stärkste Partei im katholischen Kanton bleibt die CVP, mit 30,9 Prozent der Stimmen (-0,4%, -1 Sitz).

„Die SVP konnte im Kanton Luzern ihre Erfolgsserie bei kantonalen Parlamentswahlen fortsetzen.“

Geschwächt aus der Wahl gehen die grünen Parteien Grüne und GLP. Sie verloren gesamthaft 3,6 Prozent der Stimmen (drei Sitze).

Der Wahlerfolg der SVP in Luzern liegt in der gleichen Grössenordnung wie jener vor zwei Monaten im Baselbiet, wo die SVP ihren Wähleranteil um 2,7 Prozentpunkte erhöhen konnte.

Bei den Regierungsratswahlen erreichte der erstmals antretende Paul Winiker (SVP) mit sehr guten 42'842 Stimmen den fünften Platz. Er muss sich am 10. Mai einem zweiten Wahlgang für die verbleibenden zwei Sitze stellen, zusammen mit dem bisherigen Regierungsrat Marcel Schwerzmann (parteilos) und der Kandidatin der SP.

Zwischenbilanz seit den letzten nationalen Wahlen

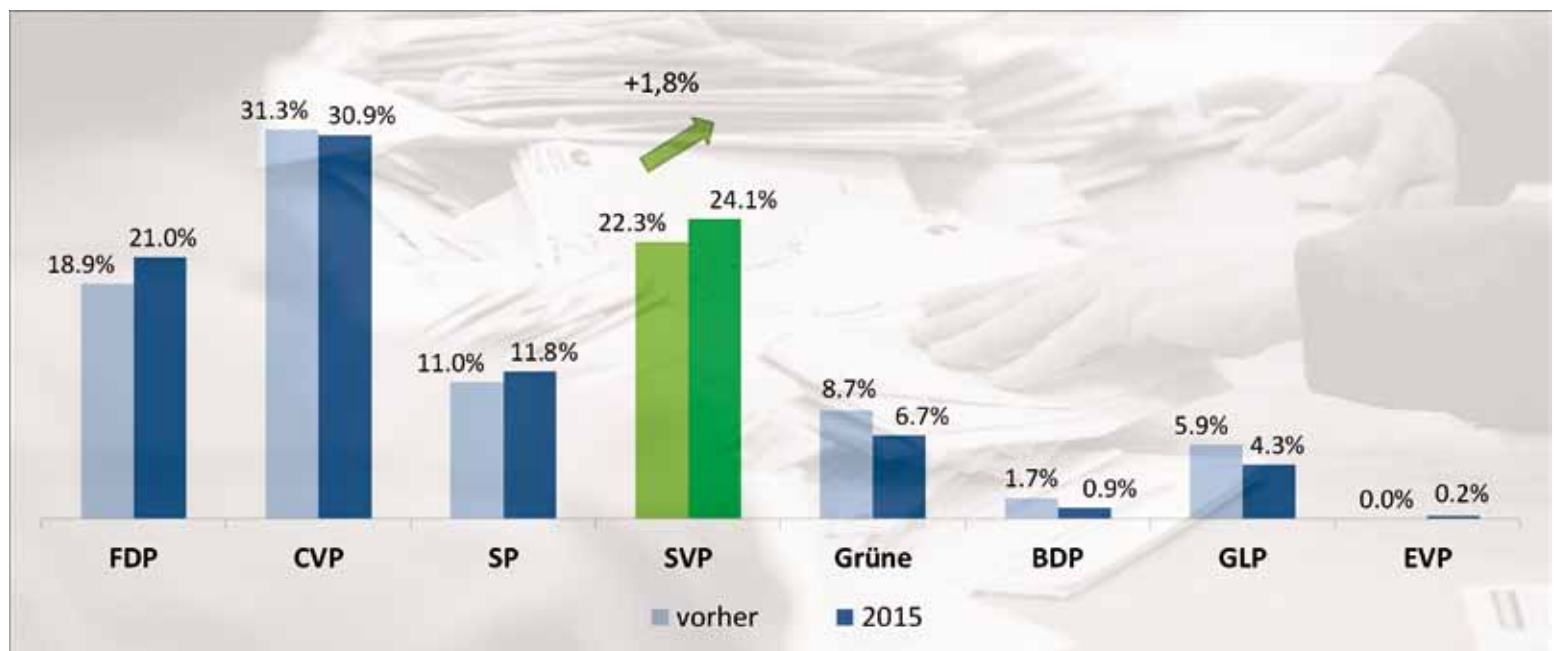
Die SVP konnte seit den Nationalratswahlen von 2011 in 17 von 21 Kantonsparlamenten ihren Wähleranteil ausbauen. Sie hält in den Kantonsparlamenten gegenwärtig knapp ein Vier-

tel (22 Prozent) der Sitze. Gegenüber 2003 konnte sie ihren Sitzanteil von 571 aus 2932 Sitzen auf 578 aus 2608 Sitzen ausbauen.

„Bis zu den Nationalratswahlen vom 18. Oktober 2015 möchte die SVP ihre Stellung in den Kantonsparlamenten weiter ausbauen.“

Bis zu den Nationalratswahlen vom 18. Oktober 2015 möchte die SVP ihre Stellung in den Kantonsparlamenten weiter ausbauen. In vier Kantonen stehen noch Wahlen an: Appenzell Ausserrhoden, Tessin, Appenzell Innerrhoden und Jura.

Wähleranteile vor und nach den Luzerner Parlamentswahlen vom 29. März 2015



Das Ergebnis der Zürcher Kantonsratswahl war zum Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

WOHLSTAND ZERSTÖREN?

www.neue-erbschaftssteuer.ch



Am 14. Juni
neue Erbschaftssteuer

NEIN

Ja, auch ich engagiere mich gegen die neue Erbschaftssteuer:

Ich bin bereit, den Abstimmungskampf durch Leserbriefe oder Artikel zu unterstützen.

Ich unterstütze das Komitee mit einem Beitrag von

CHF _____
Bitte stellen Sie mir einen Einzahlungsschein zu.

Ich bestelle

_____ Ex. Plakat A3

_____ Ex. Plakat F4

_____ Ex. Flugblatt A5

_____ Ex. Hammer

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel. G / Fax _____

E-Mail _____

Datum/Unterschrift _____

Bitte umgehend einsenden an:
Komitee « Neue Erbschaftssteuer Nein » • c/o HEV Schweiz • Postfach • 8032 Zürich
Fax 044 391 32 30 info@neue-erbschaftssteuer.ch

Hagenbuch ist überall!

Die KESB-Behörden müssen zugunsten der Gemeinden entmachtet werden. Traurige Berühmtheit erhielt der Fall einer Eritreer-Familie in Hagenbuch, die mit mehr als 60'000 Franken pro Monat unterstützt werden muss.

Erst kürzlich wurde die Gemeinde Hagenbuch letztendlich vom Bezirksrat freigesprochen. Die KESB-Behörde Winterthur-Andelfingen wollte die von der SVP-Politikerin Therese Schläpfer umsichtig geführte Gemeinde einklagen und eine aufsichtsrechtliche Massnahme ergreifen, weil sich Hagenbuch über die horrenden Sozialkosten beschwert hatte. Traurige Berühmtheit erhielt der Fall einer Eritreer-Familie in Hagenbuch, die mit mehr als 60'000 Franken pro Monat unterstützt werden muss.

Gemeinden müssen vor der KESB geschützt werden

Eine Gemeinde muss in Zukunft vor solchen juristischen Machenschaften von KESB-Behörden geschützt werden. Mit dem Beschreiten des Rechtsweges der KESB gegen die Gemeinde Hagenbuch - notabene auf Kosten des Steuerzahlers - zeigt diese Behörde, wie rechthaberisch, drohend und selbstherrlich sie handelt. Es darf nicht sein, dass eine Gemeinde wochenlang in der Presse

am Pranger steht, nur weil sie sich gegen die überbordenden Sozialkosten und die Inkompetenz der KESB zur Wehr setzt. Die Frage stellt sich, ob die KESB mit den Menschen in gleicher Manier verfährt, welche in Not sind.

„Die SVP wird weiterhin mit allen politischen Mitteln und stetigem Druck auf die linke Sozialindustrie dafür kämpfen, dass die KESB-Behörden zu Gunsten der Gemeinden entmachtet werden.“

Überbordende Sozialindustrie

Die SVP wird weiterhin mit allen politischen Mitteln und stetigem Druck auf die linke Sozialindustrie dafür kämpfen, dass die KESB-Behörden zu Gunsten der Gemeinden entmachtet werden. Zudem wird die

SVP weiterhin dafür sorgen, dass die KESB-Behörden über ihr Tun vollumfänglich Rechenschaft ablegen müssen, was im heutigen rechtlichen Rahmen leider nicht der Fall ist.

Neuausrichtung der Sozialhilfe unumgänglich

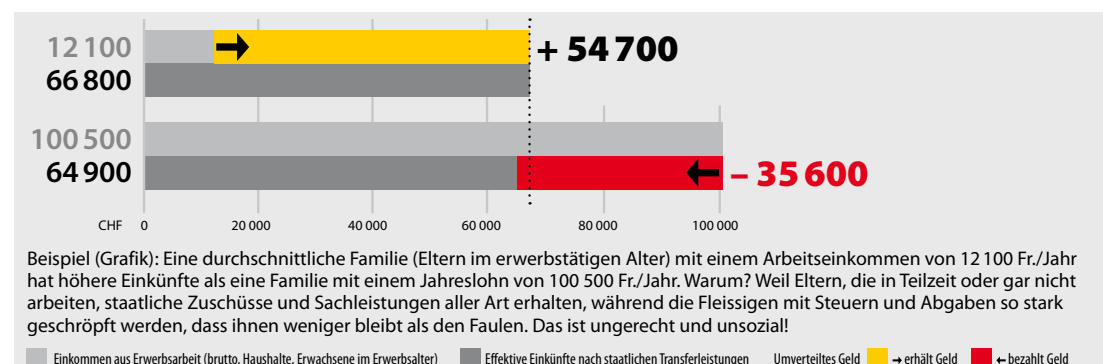
Die Sozialhilfe bedarf angesichts solcher Entwicklungen einer neuen Ausrichtung. Alle Automatismen, die ohne Gegenleistung der Betroffenen zu ungerechtfertigten staatlichen Leistungen führen, sind abzuschaffen. Die Sozialausgaben laufen nicht zuletzt deshalb aus dem Ruder, weil durch die Bildung und Stärkung von undemokratischen Vereinen und Funktionsbehörden wie SKOS und KESB eine neue Sozialindustrie geschaffen wurde. KESB und SKOS müssen zugunsten der Gemeinden entmachtet werden.



von Nationalrat Alfred Heer, Zürich (ZH)

Faul sein lohnt sich!

Unser Sozialwesen ist krank! Wer 12000 Franken pro Jahr verdient, lebt besser als ein mittelständischer Haushalt mit 100000 Franken Jahreseinkommen. Warum? Die Faulen erhalten Sozialleistungen aller Art, die Fleissigen werden mit Steuern und Abgaben geschöpft.



Wer das nicht will, wählt SVP



SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
www.svp-zh.ch
Mit einer Spende auf PC 80-35741-3 unterstützen Sie unsere Arbeit. Mit herzlichem Dank.



Präzision, Dynamik und Leidenschaft am Himmel

50 Jahre Schweizer Kunstflugstaffel

Die Armbanduhr „Faszination rot-weiss“

- Mit Schweizer Quarz-Uhrwerk
-
- Stoppuhr-Funktion und Datumsanzeige
-
- Aus bestem Edelstahl
-
- Formation Delta auf Zifferblatt
-
- Zeiger in der Form einer F-5E Tiger II
-
- Weltweit limitiert auf nur 5'000 Exemplare
-
- Von Hand nummeriertes Echtheits-Zertifikat
-
- Mit graviertem Logo auf der Rückseite
-
- 120-Tage-Rücknahme-Garantie



Durchmesser: ca. 4 cm

Limitierte Sonder-Edition

Produktpreis: Fr. 279.90
oder 3 Raten à Fr. 93.30
 (+ Fr. 11.90 Versand und Service)

EXKLUSIV-BESTELLSCHEIN

Reservierungsschluss 26. Mai 2015

53603

Ja, ich bestelle die Armbanduhr
 „Faszination rot-weiss“

Bitte gewünschte Zahlungsart ankreuzen
 Ich wünsche eine Gesamtrechnung Monatsraten
 Ich bezahle per MasterCard oder Visa

Gültig bis: (MMJJ)

Vorname/Name Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen

Strasse/Nummer

PLZ/Ort

E-mail

Unterschrift

Telefon



Bitte einsenden an: **The Bradford Exchange, Ltd.**
 Jöchlerweg 2 • 6340 Baar



Der Zeiger in der Form einer F-5E Tiger II



Die Armbanduhr wird auf der Rückseite graviert



Mit Echtheits-Zertifikat und Präsentations-Box

Kürzlich feierte unsere Jet-Kunstflugstaffel ihr 50-jähriges Bestehen. Heben Sie mit den rot-weissen Jets ab und feiern Sie mit! Die Armbanduhr „Faszination rot-weiss“ zeichnet sich durch einen hohen Anspruch an Design und Verarbeitung aus. Sie ist exklusiv bei Bradford erhältlich und lässt das Herz jedes Aviatik-Fans höher schlagen.

Mit der Armbanduhr „Faszination rot-weiss“ würdigen wir die Präzision, die Dynamik und die Leidenschaft, mit welcher die Schweizer Kunstflugstaffel seit 50 Jahren an unserem Himmel präsent ist. Die Uhr wird aus bestem Edelstahl hergestellt, ist mit einem Schweizer Quarzwerk mit Stoppuhr-Funktion und Datumsanzeige ausgestattet und ist weltweit auf nur 5'000 Exemplare limitiert. **Sichern Sie sich dieses exklusive Andenken an das 50-jährige Bestehen unserer Kunstflugstaffel jetzt gleich.**

Für Online-Bestellung:
 Referenz-Nr.: **53603**

www.bradford.ch

The Bradford Exchange, Ltd. • Jöchlerweg 2 • 6340 Baar
 Tel. 041 768 58 58 • Fax 041 768 59 90 • e-mail: kundendienst@bradford.ch

Richter über dem Volk?

„Schlichtweg nur noch enttäuscht“ stand unser Parteipräsident Toni Brunner am 11. März 2015 in der Frühjahrsession des Nationalrats am Rednerpult, als die gesetzgeberische Umsetzung des Verfassungsartikels über die Ausschaffung krimineller Ausländer zur Debatte kam. Den Stimmbürgern bleibt nur noch die Durchsetzungsinitiative.

von Nationalrat Hans Egloff, Aesch (ZH)

Vor viereinhalb Jahren machte der Souverän die SVP-Initiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer zum Verfassungsartikel. Vor einem Jahr hatte sich der Nationalrat auf eine Kompromisslösung verständigt: Die Ausschaffung krimineller ausländischer Täter wäre bei schweren Delikten (z.B. Mord,

Ständerat haben sich die FDP- und die CVP/EVP-Fraktion vom Kompromiss abgewendet. Dies, indem sie die vom Stimmvolk klar abgeschmetterte Härtefallprüfung durch Gerichte gemäss Vorschlag des Bundesrats neu als „Einzelfallprüfung“ etikettierten und das Ganze „Verhältnismässigkeitsprüfung“ nannten. Dass in 26 Kantonen und landesweit die Mehrheit Nein dazu sagte, interessierte die „bürgerliche Mitte“ nicht.

Toni Brunner beurteilte das so: „Sie stossen das Volk vor den Kopf. Das ist nicht der Auftakt zu einer Kompromisslösung, sondern zu einem Abstimmungskampf. Sie provozieren damit, dass die Durchsetzungsinitiative vors Volk kommt.“ Und er kündigte an: „Die Zustimmung zu dieser Initiative wird höher ausfallen als die zur Ausschaffungsinitiative.“

Beschliessen, was entschieden wurde

Die Ausschaffungsinitiative wurde lanciert, weil die Gerichts- und die Behördenpraxis in der Schweiz als sehr unterschiedlich und zu lasch wahrgenommen wurde. Die Initiative strebt eine Praxisänderung

an. Doch ein Gesetz zu beschliessen, das sich nahtlos in die bisherige Praxis einfügt, ist nicht der Zweck der Übung. Mein Zürcher Kollege Gregor Rutz meinte dazu: „Es geht nicht darum, dass Sie das beschliessen, was Sie gerne möchten. Es geht darum, dass Sie das beschliessen, was Volk und Stände im November 2010 entschieden haben.“

Dafür bleibt nur noch ein Weg: Die SVP-Durchsetzungsinitiative. Denn mit dem Richterinstrument der Härtefallprüfung dürften wohl weiterhin nur etwa 500 statt bis zu 18'000 kriminelle Ausländer pro Jahr ihre „Wahlheimat“ Schweiz verlassen.



„Die Ausschaffungsinitiative wurde lanciert, weil die Gerichts- und die Behördenpraxis in der Schweiz als sehr unterschiedlich und zu lasch wahrgenommen wurde.“

Raub, Vergewaltigung usw.) zwingend zu vollziehen gewesen. Die Ausschaffung Krimineller, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit in besonderem Masse beeinträchtigen (z.B. Bedrohung von Behörden, Entführung, Brandstiftung), wäre für Wiederholungstäter vorgesehen gewesen.

Bürgerliche Kehrtwende

Doch nun ist alles anders. Nach dem

Durchsetzungs-Initiative
zur Ausschaffung
krimineller Ausländer

**Volkswillen
durchsetzen!**



Deshalb untersch

Selbstbestim

Die Selbstbestimmungsinitiative ist wichtiger als jedes Einzelthema, das sie anspricht, denn sie hat Auswirkungen auf alle Politikbereiche der Schweiz. Immer mehr haben heute nicht mehr das Schweizer Volk und von ihm ausgehend die Schweizer Richter und die Schweizer Behörden das letzte Wort, sondern ausländische Richter und Bürokraten.

In den vergangenen Jahren ufer-
ten die Urteile des Europäischen
Gerichtshofs für Menschenrechte
(EGMR) aus. Sie griffen immer mehr
in die Souveränität der Schweiz ein –
obwohl bei der Unterzeichnung der
Europäischen Menschenrechtskon-
vention (EMRK) vor vierzig Jahren
keine Rede von derart weitgehenden

**„Die Initiative bringt
eine Kehrtwende zu-
rück zum bewährten
und erfolgreichen Weg
der Freiheit und der
Unabhängigkeit!“**

Beurteilungen und Verurteilungen
aller möglichen und unmöglichen
Rechtsbereichen war. Ob Regelung
der Abfalltrennung, Bewahrung
von Schwerverkriminalen vor einer
Ausweisung oder Aushebelung der
Schweizer Asylpolitik: Zu allem und
jedem wollen die fremden Richter
das letzte Wort haben.

Zurück zum bewährten Weg

Die Initiative bringt eine Kehrt-
wende zurück zum bewährten und
erfolgreichen Weg der Freiheit und
der Unabhängigkeit! Das Schwei-



zer Volk und die Schweizer Verfas-
sung sollen wie bisher das oberste
Organ für staatliches Handeln
sein. Nicht länger lassen wir uns
durch abgehobene Richter und du-
biose Bürokraten aus dem Ausland
fremdbestimmen! Die Schweiz ist
aus dem unbändigen Drang unserer
Vorfahren nach Selbstbestimmung
und Freiheit entstanden. Diese Wer-
te bilden die Grundlage für die Er-
folgsgeschichte unseres Landes.
Dafür steht jede einzelne Unter-
schrift für die Initiative ein! Dafür
lohnt es sich zu kämpfen!

Richter und Gelehrte irren

Linken Politikern sind die Volks-

rechte schon lange ein Dorn im Auge.
Sie möchten wie ihre Vorbilder – die
Brüsseler Bürokraten – ohne lästige

**„Fünf Millionen Bürge-
rinnen und Bürger sind
schwieriger zu manipu-
lieren und entscheiden
ausgewogener als 47
Richter in Strassburg.“**

Volksentscheide regieren und be-
stimmen. Ach, wie bequem wäre es
doch, wenn nicht noch der Bürger

Schreibe ich die Selbstbestimmungsinitiative!

das letzte Wort hätte... Schweigen und zahlen soll er. Deshalb wurden gleich mehrere Vorlagen ins Parlament geschickt, welche die direkte Demokratie einschränken sollen. Die Politiker, die damit der direkten Demokratie und den Volksrechten den Sarg nageln, behaupten, das Volk könne und dürfe nicht über so wichtige Fragen entscheiden. Dafür seien doch Experten, Gelehrte, Richter und sie selbst – die Elite – da. Doch sie irren!

Das Volk stimmt fürs Gemeinwohl
Fehlentscheide werden viel seltener durch das Volk als durch einzelne Personen getroffen. Das Volk stimmt meist für das Gemeinwohl. Es stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Wenn nur noch Politiker entscheiden, dann spielen Machtinteressen und die Beeinflussung



Marc Wachter,
Bankpraktikant, Zumikon (ZH)

„Die Geschichte zeigt eindrücklich: Die Schweiz hat die besten Chancen als eigenständiges und freies Land. Wir können es besser als die Anderen und dürfen uns nicht durch fremde Richter auf das gleiche, tiefere Niveau herunterziehen lassen. Ohne Initiative droht uns der Absturz ins demokratiefeindliche EU-Chaos.“

durch Filz sowie persönliche Vorteile oder Privilegien eine wichtigere Rolle. Fünf Millionen Bürgerinnen und Bürger sind schwieriger

zu manipulieren und entscheiden ausgewogener als 47 Richter in Strassburg.

Unsere Initiative kann die Pläne der Demokratie-Abbauer rechtzeitig stoppen. Sammeln wir jetzt tatkräftig Unterschriften: Nur so bleibt das Schweizer Volk die höchste Instanz im Land. Nur so können wir die direkte Demokratie erhalten!

Alle Informationen:
www.selbstbestimmungsinitiative.ch



Manuela Ronzani, Wirtschaftsstudentin, St. Gallen (SG)

„Politiker und Beamte wollen, dass das Schweizer Volk nicht mehr das letzte Wort hat. Sie möchten die Volksrechte einschränken. Ich lasse mich nicht fremdbestimmen und sammle deshalb an vorderster Front Unterschriften für die Selbstbestimmungsinitiative!“



von Nationalrat
Lukas Reimann,
Wil (SG)

Achtung:

Neue Steuerfalle!



Änderung des Bundesgesetzes
über Radio und Fernsehen
Neue Billag-Mediensteuer

NEIN

www.mediensteuer-nein.ch

Überparteiliches Komitee Nein zur neuen Billag Mediensteuer, Postfach, 3001 Bern

Übersetzungen
Mobile : 079/372 79 74
felix@adapteam.ch
www.adapteam.ch

dietschi
PRINT&DESIGN OLTEN

MEHR ALS EINE DRUCKEREI . . .

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG
Ziegefeldstrasse 60 4601 Olten
T 062 205 75 75 F 062 205 75 00 www.dietschi.ch

brother
at your side

1, 2, EINGETAUSCHT!

Alt gegen Neu: Machen Sie mit bei der Eintauschaktion auf 11 Druckermodelle!

400 CHF
EINTAUSCH PRÄMIE

brother.ch/eintausch

Sehr attraktive Nettopreise

OCoTex Schöngrund 33 6343 Rotkreuz Telefon 041 799 50 00 ocotex.ch

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Crausaz | Bildquellen: SVP Schweiz, Parlament.ch.

NEIN zu neuen Steuern

Der Werkplatz Schweiz ist heute schon hart gefordert: besonders Familienunternehmen, die tragenden Säulen mit einem verlässlichen Wert in der Schweizer Wirtschaft! Mit einer Bundeserbschaftssteuer würden wir viele KMU-Betriebe und somit auch Arbeitsplätze gefährden. Das will ich nicht. Deshalb sage ich klar NEIN zur Erbschaftssteuer-Initiative.

Diese neue Erbschafts- und Schenkungssteuer mit einem Steuersatz von sage und schreibe 20 Prozent kommt recht süffig daher. Denn 2/3 des Ertrags fließen in die AHV und 1/3 verbleibt den Kantonen. Zudem wird ein Freibetrag von 2 Millionen Franken gewährt.

Aber gerade Familien- und KMU-Betriebe werden mit dieser neuen Steuer in arge Nöte getrieben. Ich sehe das in meinem Betrieb, welchen ich vor 14 Jahren übernommen habe, um die Arbeitsplätze zu retten.

Schädliche KMU-Steuer

Sehr viele KMU-Betriebe kämpfen heute schon ums Überleben. Gerade in arbeitsintensiven Bereichen und dort, wo man mit dem Ausland vergleichbar ist. Dies gilt vor allem für Produktionsbetriebe. Denn da ist man mit dem erforderlichen Anlagen und Maschinenpark sehr schnell auf einem relativ grossen „Vermögen“.

Meine Firma wäre mit einem Versicherungsvolumen von 10 Millionen Franken weit unterversichert! Neu 20 Prozent Steuern auf den „Nach-

lass“ ist eine untragbare Mehrbelastung bei der Nachfolgeregelung.

Sogar die Initianten erkennen, dass diese horrenden Steuern kaum bezahlbar sind, ansonsten würden sie nicht die Bewilligung einer Ratenzahlung von 10 Jahren in die Bundesverfassung aufnehmen.

Eingriff in die Kantonshoheit

Nebst dieser ungerechten Steuer läuft diese Initiative auf eine reine Bürokratie hinaus. Denn Schenkungen von jährlich mehr als 20'000 Franken müssten ein Leben lang registriert werden. Die Folge ist eine Buchführungs- und Rechenschaftspflicht für alle. Zudem entmündigt man die Kantone mit der Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen. Nachdem viele Kantone diese abgeschafft haben, würde sie jetzt als neue Bundessteuer wiederum eingeführt werden.

NEIN - so nicht

Mit der Einführung der Bundeserbschaftssteuer würden laut einer Studie der HSG in der Schweiz jährlich 12'000 Arbeitsplätze verschwinden. Mit dem Vernichten der Arbeitsplätze schwächt diese Initiative den Wirtschaftsstandort Schweiz. Dies würde gar niemandem – auch nicht der AHV – dienen. Deshalb ein klares NEIN zu diesen neuen und unnötigen Steuern.



von Ständerat
Peter Föhn,
Muotathal (SZ)

Verhindere **JETZT** eine neue Bundessteuer!



Voller Risiken für Familien, KMU und Kantone.

Erbschaftssteuer
NEIN

NEIN zur schädlichen KMU-Steuer

Die neue Bundessteuer führt bei vielen KMU zu einer erheblichen finanziellen Mehrbelastung. Und das in einer Zeit, in der der starke Franken viele Unternehmen ohnehin schon vor grosse Herausforderungen stellt. Die Initiative macht es den KMU noch schwerer.

NEIN zur familienfeindlichen Steuer

In den meisten Kantonen wurde die Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen abgeschafft. Jetzt soll sie durch Zwängerei wieder eingeführt werden. Erbschaften an die eigenen Kinder werden dann gleich besteuert, wie jene an entfernte Verwandte oder Fremde. Das ist ungerecht und widerspricht dem Verfassungsziel der Familienförderung.

NEIN zur Entmündigung der Kantone

Die Einführung einer Erbschaftssteuer auf Bundesebene gegen den Willen der Kantone ist ein Angriff auf den bewährten Föderalismus. Heute kennen die meisten Kantone Erbschaftssteuern und haben die Spielregeln demokratisch festgelegt. Durch die Zentralisierung verlieren die Kantone ihre Steuerhoheit und damit Handlungsfreiheit; sie dürften keine eigenen Erbschaftssteuern mehr erheben.

www.erbschaftssteuer-nein.ch

GOAL GLOSSAR

Agitation

Die richtige Positionierung erarbeiten, die richtige Botschaft entwickeln, die richtige Visualisierung finden sowie die richtigen Massnahmen ergreifen – das sind die Voraussetzungen für erfolgreiche Kampagnen. Deshalb sind wir für unsere Kunden gerne Agitatoren.

Agitation

<lat.> agitare – «betreiben»,
«verhandeln», «überlegen»

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN
Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com

Anwaltskanzlei
Dr. iur. Cornel Borbély

Wir freuen uns, Ihnen unsere
Kanzleieröffnung bekannt zu geben.

INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT

Mehr als 60'000 Leser
in der Deutschschweiz
und in der Romandie.
Informationen erhalten
Sie per E-Mail an
klartext@svp.ch



Dr. iur. Cornel Borbély

Rechtsanwalt, Master in Economic Crime Investigation (MAS ECI)
Ehemaliger Staatsanwalt des Kantons Zürich

www.borbely.ch

Anwaltskanzlei Dr. Cornel Borbély, Wiesenstrasse 8, Postfach, CH-8024 Zürich
www.borbely.ch / Tel: +41 44 210 10 25 / Fax: +41 44 210 10 27 / Mail: office@borbely.ch

Cornel Borbély berät als Rechtsanwalt Private, Unternehmen sowie Gemeinwesen und vertritt diese vor allen Gerichten und Behörden. Er schloss sein Rechtsstudium an der Universität Zürich im Jahr 2003 ab und verfasste dort 2005 seine Dissertation. Das Rechtsanwaltspatent des Kantons Zürich erhielt er im Jahr 2006. In der Folge erlangte er 2007 das Certificate in Forensics und im Jahre 2011 den Master in Economic Crime Investigation.

Als ehemaliger Staatsanwalt des Kantons Zürich hat Cornel Borbély langjährige Erfahrung in der Begleitung und Führung von nationalen und internationalen Verfahren. Nebst seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt ist Cornel Borbély in verschiedenen Gremien sowie in der Militärjustiz der Schweizer Armee engagiert. Daneben doziert er an Universitäten und Fachhochschulen.

green.ch
Internet made in Switzerland

Ihre .ch-Domain braucht jetzt ein neues Zuhause

SWITCH gibt das Domain-Geschäft auf. Alle .ch-Domains
müssen daher rechtzeitig zu neuen Anbietern transferiert werden.

Wir übernehmen Ihren Domain-Umzug gratis!

- ✓ Unschlagbar günstige Jahresgebühr von CHF 14.40 statt CHF 15.50 bei SWITCH
- ✓ Laufzeiten werden angerechnet
- ✓ Einfache Verwaltung von Domains

Mehr Infos unter www.green.ch/switch

0844 842 842
Hotline Montag–Freitag von 8–17 Uhr

**WICHTIGE
ÄNDERUNG**



Es reicht!

Am 14. Juni stimmen wir über das revidierte Radio- und Fernsehgesetz (RTVG), oder kurz gesagt, über die neue Billag-Mediensteuer ab. Bezahlen sollen alle, egal ob jemand ein Empfangsgerät besitzt oder nicht, egal ob jemand überhaupt in der Lage ist, die Programme zu hören oder zu sehen. Die neue Steuer würde für alle gelten.

Ob privat oder geschäftlich: Wir werden über Steuern und Gebühren immer wieder gerupft und ausgenommen wie eine Weihnachtsgans: Vignette, Auto- und Benzinsteuern, allgemeine Steuern, Sozialabgaben, Umweltabgaben etc. Nun droht die nächste Ohrfeige mit der neuesten Abzockerei des Staates: durch Radio- und Fernsehgebühren für alle und das gleich doppelt.

Ungerecht, unlogisch und teurer

Dass Privatpersonen und Unternehmen für eine Leistung zur Kasse gebeten werden, die sie gar nicht nutzen können, ist zutiefst ungerecht und entbehrt jeder Logik. Mitarbeiter gehen zur Arbeit, um zu arbeiten, nicht, um Filme zu schauen oder Radio zu hören. Jeder bezahlt bereits privat diese Abgabe, und nun soll doppelt bezahlt werden, indem die Unternehmen die Mediensteuer auch noch abliefern müssen? Seit 1990 ist die Billag-Abgabe von 279 Franken um sage und schreibe 65% auf 462 Franken gestiegen. Geht diese Entwicklung so weiter, bezahlen wir schon bald jährlich 700 – 800 Franken Billag-Mediensteuern pro Haushalt. Wenn man bedenkt, dass

das Staatsfernsehen massiv ins Internet investieren und teure Eigenproduktionen forcieren will, sind 1000 Franken quasi vorprogrammiert.

„Sie ist eine Steuerfalle, die mit dem süssen Versprechen einer kleinen Gebührensenkung zu teuren Mehrbelastungen in Zukunft führen wird.“

Achtung Steuerfalle und Buebetrickli

Die Bevölkerung und die Wirtschaft in der Schweiz stehen vor schwierigen Zeiten. Durch die Euroschwäche geraten viele Unternehmen noch mehr unter Druck, Arbeitsplätze sind in Gefahr. Ausgerechnet in dieser Zeit will man ihnen mit der neuen Billag-Mediensteuer noch mehr Belastungen aufbürden. Sie ist eine Steuerfalle, die mit dem süssen Versprechen einer kleinen Gebührensenkung zu teuren Mehrbelastungen in Zukunft führen wird. Mit einem

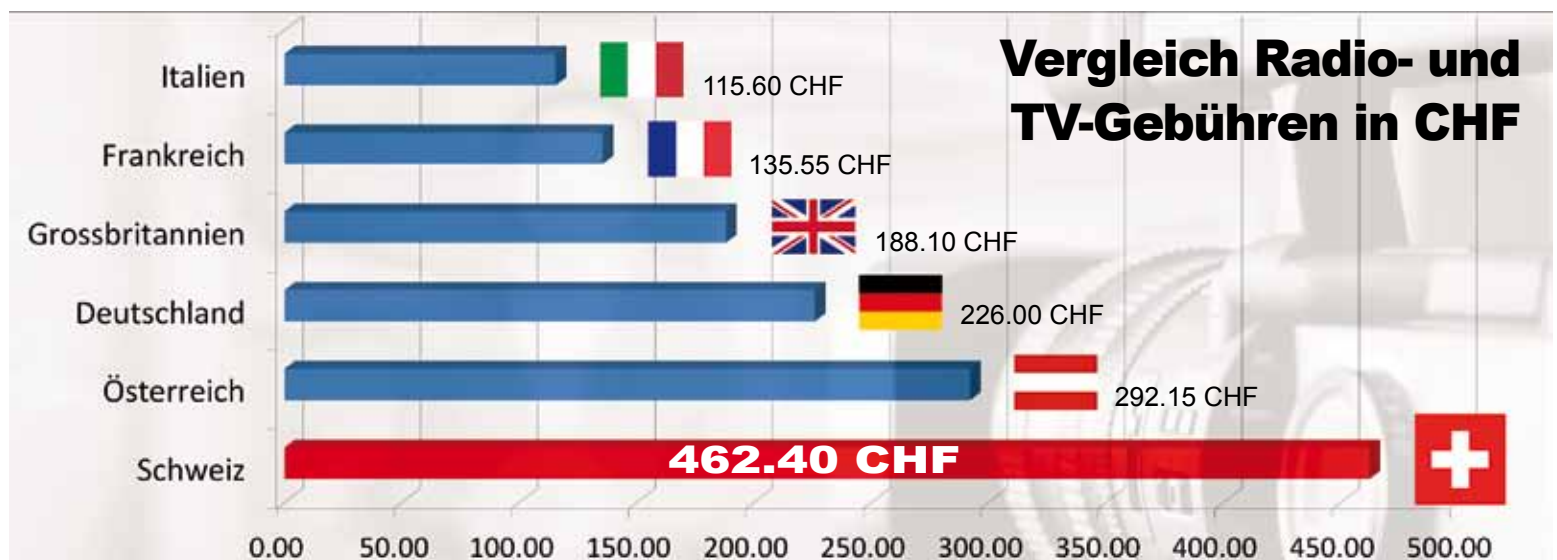
Buebetrickli sollen die Bürgerinnen und Bürger geködert werden. Obwohl Tausende von ihnen als Unternehmer und Arbeitnehmende über die Betriebe künftig doppelt besteuert werden, wird vorgegeben, dass die Gebühren sinken. Doch der Bundesrat hat einen Freipass, um den von ihm selber kontrollierten Staatssender unbeschränkt mit zusätzlichen Geldern versorgen zu können. Sobald die Bürgerinnen und Bürger zugestimmt haben, schnappt die Steuerfalle zu.

Nein zu neuen Steuern

Die Schweiz soll mit einer schlanken, qualitativ hochstehenden Grundversorgung in der jeweiligen Landessprache bedient werden. Unter dem Schlagwort „Service public“ jedoch, haben sich die Fernsehbosse auf unsere Kosten ein riesiges und viel zu teures Königreich geschaffen. Es reicht! Deshalb sage ich NEIN zur neuen Billag-Mediensteuer.



von Nationalrätin
Sylvia Flückiger,
Schöftland (AG)



Schon heute bezahlen wir die höchsten Mediengebühren.

DER NEUE LEXUS NX.

KOMPAKTE FASZINATION: ALS NX 300h VOLLHYBRID
UND AB SOFORT AUCH ALS NX 200t TURBO.



DER NEUE KOMPAKTE PREMIUM-ALLROUNDER LEXUS NX:
atemberaubende **LINIENFÜHRUNG**, vereint mit höchster **AGILITÄT**
und jeder Menge **KOMFORT**. Erhältlich als NX 300h Vollhybrid mit
E-FOUR-ALLRADANTRIEB, dynamischen 197 PS und beeindruckend
tiefem Verbrauch. Und neu auch als NX 200t Turbo mit starken 238 PS
für betont sportliches **FAHRVERGNÜGEN. JETZT TESTEN.**

INKL. LEXUS PREMIUM FREE SERVICE: 10 JAHRE/100 000 KM*

lexus-fahren.ch/nx

THE NEW
NX


LEXUS
NO.1 PREMIUM HYBRID

LEXUS CENTER: BASEL EMIL FREY AG **BERN-OSTERMUNDIGEN** EMIL FREY AG **CRISSIER** EMIL FREY SA **ERLENBACH-ZOLLIKON** EMIL FREY AG **GENÈVE** EMIL FREY SA **NORANCO-LUGANO** EMIL FREY SA **SAFENWIL** EMIL FREY AG **SCHLIEREN** EMIL FREY AG **ST. GALLEN** EMIL FREY AG **WETZIKON** GRUSS EHRLER AG **ZÜRICH NORD** EMIL FREY AG

Empfohlene Netto-Verkaufspreise (nach Abzug Lexus Währungs-Bonus) inkl. MwSt. New NX 300h (2,5-Liter-Vollhybrid, FWD, 5-türig) ab CHF 52 800.-, abzüglich Lexus Währungs-Bonus CHF 7 500.- = CHF 45 300.-. Leasingrate monatlich CHF 405.60 inkl. MwSt. Ø Verbrauch 5,0 l/100 km, Ø CO₂-Emissionen 116 g/km, Energieeffizienz-Kategorie A. New NX 200t impression (2,0-Liter-Turbo-Benziner, AWD, 5-türig) ab CHF 59 700.-, abzüglich Lexus Währungs-Bonus CHF 7 500.- = CHF 52 200.-. Leasingrate monatlich CHF 466.10. Ø Verbrauch 7,9 l/100 km, Ø CO₂-Emissionen 183 g/km, Energieeffizienz-Kategorie F. Abgebildetes Fahrzeug: New NX 300h F SPORT (2,5-Liter-Vollhybrid, AWD, 5-türig) ab CHF 72 000.-, abzüglich Lexus Währungs-Bonus CHF 7 500.- = CHF 64 500.-. Leasingrate monatlich CHF 577.20. Ø Verbrauch 5,3 l/100 km, Ø CO₂-Emissionen 123 g/km, Energieeffizienz-Kategorie B. Sonderzahlung 25 % vom Nettopreis. 48 Monate, 10 000 km/Jahr. Eff. Jahreszins: 3,97 %. Kautions 5 % des Finanzierungsbetrags. Restwert gemäss Richtlinien der Multilease AG. Vollkasko obligatorisch. Eine Kreditvergabe ist verboten, falls diese zur Überschuldung des Konsumenten führt. Lexus Währungs-Bonus und Lexus Premium-Leasing gültig für Vertragsabschlüsse oder Immatrikulationen vom 1. März bis 30. April 2015 oder bis auf Widerruf. Kraftstoffverbrauch gemessen nach den Vorschriften der Richtlinie 715/2007/EG. Durchschnittswert CO₂-Emission aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 144 g/km.

*Lexus Premium Free Service beinhaltet kostenlose Servicearbeiten bis 10 Jahre oder 100 000 km (es gilt das zuerst Erreichte) inkl. Gratisersatzwagen zur Sicherstellung der Mobilität.

Bilanz der Frühjahrssession

Die Frühjahrssession 2015 fand vom 2. bis 20. März statt.

Positiv:



Massvoller Kompromiss zur Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative

Bei der Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative konnte dank des Einsatzes der SVP ein Kompromiss mit den Initianten gefunden werden, der rasch Rechtssicherheit für die betroffenen Gebiete ermöglicht. Dieser Kompromiss fand daraufhin im Parlament eine Mehrheit und wurde in der Schlussabstimmung angenommen.

Verhüllungsverbot und schärfere Einbürgerungskriterien verfassungskonform

Das Parlament hat verschiedene Kantonsverfassungsänderungen gutgeheissen, darunter das Verhüllungsverbot des Kantons Tessin sowie die verschärften Einbürgerungsbestimmungen des Kantons Bern. Volksentscheide in den Kantonen wurden damit geschützt und geachtet.

Nachrichtendienstgesetz nimmt erste Hürde

Der Nationalrat hat das neue Nachrichtendienstgesetz im Sinne der SVP verabschiedet. Dieses ist die Basis, um Bedrohungen und Gefahren rechtzeitig zu erkennen und Gegenmassnahmen zu ergreifen. Denn ohne Sicherheit gibt es auch keine Freiheit. Das neue Gesetz gibt dem Nachrichtendienst die nötigen Instrumente in die Hand, um seine wichtige Arbeit mit Augenmass und unter klaren Bedingungen zu erfüllen.

Negativ:



Volkswillen missachtet bei der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative

Nach dem Ständerat hat sich nun auch der Nationalrat gegen eine konsequente Umsetzung der Ausschaffungsinitiative ausgesprochen. Die von beiden Räten verabschiedete Vorlage beinhaltet eine Härtefallklausel, mit welcher wohl die meisten Ausschaffungen verhindert werden können. Volk und Stände hatten mit der Ablehnung des direkten Gegenvorschlages genau eine solche Härtefallregel abgelehnt. Mit der Durchsetzungsinitiative der SVP werden nun anfangs 2016 Volk und Stände das letzte Wort haben.

Erleichterte Einbürgerung für Ausländer der dritten Generation

2004 hat das Stimmvolk erleichterte Einbürgerungen für die zweite Generation und automatische für die dritte Generation abgelehnt. Nun hat der Nationalrat gegen den Willen der SVP das Anliegen erneut aufgenommen. Die Einbürgerung von Ausländern der dritten Generation soll zur reinen Formalität verkommen. Die Vorlage geht nun an den Ständerat; das letzte Wort wird auch hier das Stimmvolk haben, da es eine Verfassungsänderung braucht.

Autofahrer soll Milchkuh bleiben

Mit der Volksinitiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“ sollen die Einnahmen aus der Mineralölsteuer vollständig dem Strassenverkehr zugutekommen. Der Ständerat empfiehlt die „Milchkuh-Initiative“ mit 31 zu 4 Stimmen bei 8 Enthaltungen zur Ablehnung. Auch eine Verknüpfung mit der Vorlage zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds lehnte der Rat ab.

Weiterer Ausbau der Kultur-Subventionitis

Der Ständerat stellt sich entgegen dem Willen der SVP hinter die ausufernde Kulturpolitik des Bundesrats und hat der Kulturbotschaft für die Zeit von 2016 bis 2020 zugestimmt. Damit sollen in den fünf Jahren insgesamt 1,12 Milliarden Franken für die Kulturförderung ausgegeben werden. Die SVP blieb mit ihren Kürzungs- und Rückweisungsanträgen im Ständerat alleine. Der Finanzrahmen wurde gar um 3 Millionen Franken aufgestockt.

Aus unserem neuen Parteiprogramm:

AUSSENPOLITIK



- ▶ Die SVP bekämpft den schleichenden EU-Beitritt;
- ▶ Die SVP stellt mit der Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» die Selbstbestimmung über das eigene Recht sicher und sorgt dafür, dass Volksentscheide wieder umgesetzt werden;
- ▶ Die SVP verlangt, dass die staatliche Entwicklungshilfe an die Rücknahme von Asylbewerbern durch ihre Herkunftsländer gekoppelt wird.

FINANZEN, STEUERN UND ABGABEN

Mehr dem Mittelstand, weniger dem Staat

Der Staat wächst und wuchert: Die Ausgaben des Bundes wurden seit 1990 verdoppelt. Weil in der Politik die Bereitschaft fehlt, die Ausgabenexplosion in den Griff zu bekommen, werden Steuern, Abgaben und Gebühren laufend noch mehr erhöht. Die Zeche zahlt am teuersten der Mittelstand. Diese Geldverschleuderung auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger ist endlich zu stoppen, denn vom leistungswilligen Mittelstand hängt der Wohlstand des Landes ab.



AUSLÄNDERPOLITIK



- ▶ Die SVP verlangt die konsequente Umsetzung des vom Souverän gutgeheissenen Verfassungsartikels «gegen Masseneinwanderung» (Kontingente und Inländervorrang) zur markanten Senkung der Zuwanderung;
- ▶ Die SVP kämpft für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, um die illegale Einreise von Einwanderern zu verhindern.

Bestellen Sie gedruckte Exemplare des neuen Parteiprogrammes bei:

gs@svp.ch oder **031 300 58 58**

(gewünschte Sprache angeben)